

Pressemitteilung

Überprüfung der Verkehrssituation im Bereich Brunnengasse / Krumme Gasse / Hofstraße sowie im Bereich „vorderer Bannholz“ / Iglauer Straße

Die SPD-Fraktion im Mühlacker Gemeinderat fordert die Stadtverwaltung in einem aktuellen Antrag auf, die Verkehrs- und Geschwindigkeitssituation im Bereich der Brunnengasse / Krumme Gasse / Hofstraße sowie im Bereich „vorderer Bannholz“ / Iglauer Straße zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen.

Vor vier Wochen hat die SPD-Fraktion aufgrund von Bürgerbeschwerden bereits einen Antrag zur Überprüfung der Verkehrssituation im Bereich Bannholz Nord / Danziger Straße gestellt. Aufgrund dessen haben sich weitere Bürgerinnen und Bürger bei der SPD-Fraktion gemeldet.

„Im Wohnquartier Brunnengasse / Krumme Gasse / Hofstraße wohnen viele junge Familien mit vielen kleinen Kindern, die gerne und oft auf der Straße (Spielstraße) spielen und sich aufhalten. Bei einem vor-Ort-Termin mit den Familien machten wir uns als Fraktion ein Bild von der Situation. Leider ist dies aufgrund der aktuellen Verkehrssituation zu gefährlich. Autofahrende missachten die Geschwindigkeitsbegrenzung, welche durch die Spielstraße vorgegeben ist. Dies ist eine erhebliche Gefahr für alle Kinder, die dort spielen. Daher sollte das Verkehrskonzept z.B. durch „schlafende Polizisten“ oder durch eine Geschwindigkeitsanzeigetafel angepasst werden“ so der Fraktionsvorsitzende Paul Renner.

„Es besteht dringender Handlungsbedarf, zumal sich die Anwohner bereits mehrfach an die Verwaltung gewandt haben. Die Schilder (Spielstraße, Einbahnstraße etc.) sind ebenfalls nicht gut einsehbar, die Einbahnstraßenregelung wird von der Wiernsheimer Str. kommend ebenfalls öfters missachtet. Die Engstelle Krumme Gasse / Hofstraße ist ebenfalls als gefährlich einzuschätzen. Hier könnte die Anbringung eines Spiegels die Sicht verbessern“, ergänzt der Fraktionsvize Jürgen Metzger.

„Eine ähnliche Konstellation herrscht nach Rückmeldung von Bürgern auch im Bereich „vorderer Bannholz“ / Iglauer Straße. Auch hier sollte die Stadtverwaltung prüfen, was möglich ist, um die Sicherheit zu gewährleisten“, bekräftigen Elli Marx und Uli Seibold.